utopia

herrschaftslos gewaltfrei

Nr. 10 mai/juni 2009 Unbezahlbar – einfach mitnehmen! www.jugendzeitung.net jugend@graswurzel.net

Auf in den Streik!

Am 17. Juni demonstrieren bundesweit SchülerInnen und Studierende für ihr Recht auf Bildung

BILDUNGSBLOCKADEN EINREIßEN!

Streiken ist eigentlich etwas, das vor allem LohnarbeiterInnen tun, wenn sie mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden sind. Doch auch mehr als 100.000 SchülerInnen und Studierende streikten im vergangenen November für ihr Recht auf Bildung. Am 17. Juni findet der nächste bundesweite Bildungsstreik statt, denn unser Bildungssystem ist mehr als nur marode...

Das Bildungssystem ist ungerecht

80 Prozent der KinderVier von fünf Kindern aus dem „oberen Zehntel“ der Bevölkerung, also den reichsten zehn Prozent, machen in Deutschland das Abitur. Das zeigt eine Studie des deutschen Studentenwerkes. Damit entstammen 40 Prozent aller Studierenden dieser reichen „Oberschicht“ und nur jede/r zehnte Studierende entstammt der gesamten „unteren Hälfte“ der Bevölkerung.
Das hängt unter anderem damit zusammen, dass an deutschen Schulen in der Regel bereits nach der vierten Klasse entschieden wird, wie die weitere Sschulische Laufbahn eine Kindes aussehen soll. Einem großen Teil der Kinder wird dadurch schon im Alter von zehn Jahren die Möglichkeit auf das Abitur und ein Studium verbaut. Dieses dreigliedrige Schulsystem sehen viele Experten, wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (UN) oder VertreterInnen der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) als falsch an. Dennoch halten die meisten regierenden PolitikerInnen daran fest, anstatt den Weg für Alternativen zu ebnen. Eine solche Alternative sind zum Beispiel Integrative Gemeinschaftsschulen, in denen SchülerInnen auch über die vierte Klasse hinaus gemeinsam unterrichten werden und gleiche Chancen auf „höhere“ Bildung haben.

Zur Selektion nach arm und reich kommt es auch dadurch, dass Bildung kostet – nicht nur den Staat, sondern auch die Lernenden und ihre Familien. Das fängt bei kostenpflichtigen Unterrichtsmaterialien an und gipfelt in den Studiengebühren. Diese Studiengebühren sind für MillionärInnen wie für ArbeiterInnenkinder gleich hoch und verhindern, dass auch finanziell schwach gestellte Jugendliche ihr Menschenrecht Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Unsere Schulen sind undemokratisch

Wirklichen Einfluss auf Entscheidungen und Unterrichtsgestaltung haben SchülerInnen in der Regel nicht. Im Unterricht entscheidet meist die Lehrerin was getan und gelernt wird und auch in der Schulkonferenz haben SchülerInnen nicht genug Stimmen um das Schulgeschehen entscheidend mit- oder gar selbst zubestimmen. Trotzdem engagieren sich viele SchülerInnen in SchülerInnenvertretungen, bei Schulstreiks und anderen Aktionen. Für „unbequeme“ SchülerInnen gibt es darum genug Bestrafungs- und Unterdrückungsinstrumente: Angefangen vom „klassischen“ Nachsitzen, bis hin zur völligen Willkür bei der Vergabe mancher Noten, insbesondere der Kopfnoten, die (angeblich) das Arbeits- und Sozialverhalten von SchülerInnen bewerten sollen. Freie und demokratische Schulen gibt es auch, sogar in Deutschland – allerdings sind dies ausnahmslos Privatschulen und deren Zahl und Größe ist viel zu gering, um flächendeckend etwas zu erreichen.

Bildung statt Banken!

Bei den vergangenen Bildungsprotesten waren immer wieder Schilder und Transparente mit Anspielungen auf die Finanzkrise zu sehen: „Bildung statt Banken!“, oder „Ne marode Bank müsste man sein“. Jahrzehnte lang hieß es immer wieder, es sei ja kein Geld da, dass in die Bildung gesteckt werden kann. Dabei wird das bei Klassengrößen von teilweise über 30 SchülerInnen und dauerhaftem Unterrichtsausfall und LehrerInnenmangel dringend benötigt. Jetzt, im kollektiven „Krisenwahn“, sind die Milliarden auf einmal da. Anstatt sie aber in die Bildung zu investieren, werden mit dem Geld die gestützt, die die Krise zu verantworten haben.
Doch unsere Bildung ist wichtiger als euer Kapitalismus!

Bereits in über 40 Städten gibt es SchülerInnenbündnisse, die den Bildungsstreik vorbereiten und sich inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzen. Eine Liste dieser Gruppen gibt es unter www.bildungsstreik2009.de

Felix H.

Wahlkrampf

Editorial

Europa- und Bundestagswahl stehen an. Das bedeutet Wahlkampf. So mancher wettert gegen den „Populismus“ der Parteien, die den Menschen das Blaue vom Himmel versprechen. Doch das Problem liegt ganz woanders.
Während die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf doch zumindest angehört werden, haben sie die restlichen dreieinhalb Jahre gar nichts mehr zu sagen. Wenn nun in Wahlkampf-Zeiten also ein Gentechnik-Verbot und eine höhere Besteuerung der Reichen gefordert wird, so ist das ein Eingehen auf die Wünsche der Bevölkerung – und das sollte eigentlich ganz normal sein. Doch schon jetzt ist klar: Nach der Wahl gelten wieder andere Gesetze für die Entscheidungen die Politikerinnen und Politiker. Da wird der Wille der Bevölkerungsmehrheit wieder dreist ignoriert.
Aber machen wir uns nichts vor: Zu den Wahlkampfgeschenken gehören auch Unverschämtheiten wie die Abwrackprämie, die zwar die Automobilindustrie und die Autoverrückten freut, ökologisch aber grober Unfug ist. Doch auch die Abwrackprämie funktioniert nur als einmaliger Bestechungsversuch der Politik. Hätten die Menschen über die Wahl hinaus etwas zu sagen, würde ihnen irgendwann auffallen, dass hier viele zahlen, damit wenige profitieren.
Zuschüsse sind eben beliebt, Steuern nicht. Dieses Schwarz-Weiß-Denken ist Resultat eines politischen Systems, in dem die allermeisten nicht mitreden dürfen und deswegen nur gucken, was für sie selbst rausspringt. Wer von einer gemeinsamen Entscheidungsfindung ausgeschlossen ist, denkt eben nur an sich. So erzieht uns die Politik zum Egoismus.

Wir wollen in dieser utopia Alternativen aufzeigen. Viel Spaß beim Lesen!

Eure *utopia*-Redaktion

Alle Jahre wieder...

...werden Parlamente gewählt. Zuviel erwarten sollte mensch sich davon nicht.

2009 ist das „Superwahljahr“. Es scheint, als hätten die Menschen in Deutschland ganz schön viel zu wählen: Kommunalwahlen in vielen Bundesländern, die Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni und schließlich die Bundestagswahl im September. Bloß: Haben wir überhaupt eine richtige „Wahl“?

Das politische System in Deutschland nennt sich „parlamentarische Demokratie“. Die BürgerInnen geben alle paar Jahre einer Handvoll Menschen ihre Stimme, die sie dann zu allen möglichen Fragen repräsentieren sollen. Es wird also eine Vertretung ausgesucht, die sich um die Belange aller zu kümmern hat. Das klingt irgendwie merkwürdig: die eigene Stimme abgeben. Es beschreibt aber ziemlich genau, was im Parlamentarismus passiert: Mit der Wahl und der Abgabe ihrer Stimme ist für die meisten BürgerInnen die politische Aktivität dann auch schon wieder für einige Jahre vorbei. Denn nach der Wahl entscheiden ja die Abgeordneten, was gemacht wird und was nicht.
In Deutschland haben die Abgeordneten ein freies Mandat. Das heißt, sie sind nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen; so steht es im Grundgesetz. Stutzig macht da nur, dass das Handeln mancher Abgeordneter durchaus an Weisungen gebunden zu sein scheint – jedoch nicht an die ihrer WählerInnen, sondern von ganz anderen, viel „mächtigeren“ Gruppen: Lobbyisten, Verbände und Vereine, Handel, Industrie und Wirtschaft mischen sich - nicht zuletzt durch Parteispenden - in politische Entscheidungen ein und werden vor der Gesetzgebung um ihre Meinung oder ihren Rat gebeten. Und dass deren Interessen nicht unbedingt dem Gemeinwohl dienen, hat sich auch schon herumgesprochen.

Fortsetzung nächste Seite

findus

„Wahlzettel bitte hier rein!“

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zu dumm für direkte Demokratie?

Oft wird behauptet, die Menschen seien „einfach noch nicht reif“ für Formen direkter Demokratie, zu wenig gebildet, besäßen zu wenig Spezialwissen, als dass man beispielsweise mehr Volksabstimmungen über neue Gesetze durchführen könnte oder sie selbst die Gesetze schreiben ließe. Die Frage ist nur: Warum sollten BerufspolitikerInnen für wichtige Entscheidungen besser geeignet sein? Wie viel Spezialwissen braucht es für grundsätzliche Entscheidungen? Und: Wenn die Menschen „zu dumm“ sind für direkte Demokratie – wie sollen sie dann verantwortungsvoll ParlamentarierInnen wählen können?
Begründet wird das Defizit an direkter Demokratie meist damit, dass es unmöglich sei, diese praktikabel auf einem größeren Gebiet, wie z.B. in ganz Deutschland, umzusetzen – der Aufwand wäre zu hoch, wenn über alles und jedes erst die Meinung aller Bürgerinnen und Bürger eingeholt werden müsse. Fraglich bleibt dabei aber, ob es überhaupt besonders viele Angelegenheiten zentralistisch geregelt werden müssten oder ob nicht viele Beschlüsse dezentral und auf „niedrigeren“ Ebenen getroffen werden können, damit letztlich die entscheiden können, die direkt betroffen sind. Dafür bedarf es aber des politischen Willens und der Institutionen, die es den Menschen erst ermöglichen, direktdemokratische Teilhabe verantwortungsvoll zu praktizieren.
Im bestehenden repräsentativen System sind viele Menschen unzufrieden mit der Politik der Parteien, die sie gewählt haben. Trotzdem gehen sie wieder zur Wahl und wählen „das kleinere Übel“. Viele halten das System auch für ungerecht: Die Besetzung des Bundestages, in dem fast nur Studierte und BeamtInnen sitzen, spiegelt keinesfalls die Bevölkerungsstruktur wider. Zudem ist es fast unmöglich, ohne „Beziehungen“ überhaupt nur als KandidatIn aufgestellt zu werden.

Andere Demokratieformen sind möglich!

Trotzdem denkt kaum jemand daran, demokratische Teilhabe zu probieren, die nicht mit den Institutionen „Partei“ und „Parlament“ verbunden ist.
Dabei gibt es konkrete Ideen, wie diese aussehen könnte: radikal- bzw. basisdemokratische Modelle sind von mehreren Theoretikerinnen und Theoretikern entwickelt worden und manche wurden sogar bereits ausprobiert (teilweise jedoch mit geringen repräsentativen Elementen), zum Beispiel bei den AnarchistInnen während des spanischen Bürgerkriegs in den 1930er Jahren oder in der Münchner Räterepublik 1919. Jedoch wurden solche Versuche relativ schnell wieder zum Scheitern gebracht, meist durch diejenigen, die bei hoher Mitbestimmungsbefugnis des Volkes Angst hatten, ihre Macht und ihren Reichtum zu verlieren.
Die Ideen lassen sich aber im alltäglichen Zusammenleben umsetzen. Wo nach dem Konsensprinzip entschieden wird, kann besser gearbeitet werden, weil alle mit dem Beschluss einverstanden sind; wo keine „AnführerInnen“ gewählt werden, können Hierarchien und somit Ungleichheiten vermieden werden. Ob mensch dann trotzdem noch an den Wahlen für das repräsentative System teilnimmt, muss jede und jeder selbst entscheiden. Ein Wahlboykott kann ein wichtiges Zeichen für die Unzufriedenheit mit dem Parlamentarismus sein. Andererseits ist auch die parlamentarische Demokratie eine Errungenschaft, die hart erkämpft werden musste. Auf jeden Fall sollten wir Methoden entwickeln, anwenden und bekannt machen, mit Hilfe derer wir das Zusammenleben demokratischer und mit mehr Teilhabe aller organisieren können.
Denn wer will immer nur - alle Jahre wieder - die eigene Stimme abgeben müssen?

Ani K. (20)

Ein Sonderheft der Zeitung „Graswurzelrevolution“, das sich mit der Kritik an der parlamentarischen Demokratie beschäftigt, ist erhältlich unter abo@graswurzel.net

Was ist eigentlich...

Basisdemokratie?

„Die Zeitung ist basisdemokratisch organisiert.“. So steht es im Selbstverständnis der utopia. Aber was bedeutet „basisdemokratisch“ bzw. „Basisdemokratie“ überhaupt? Und worin unterscheidet sie sich von anderen Demokratieformen?

Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Auch die Basisdemokratie verfolgt das Ziel, der Basis einer Gesellschaft oder sozialen Gruppe, also z.B. den EinwohnerInnen eines Staates, die Entscheidungsmacht zu geben.
In den meisten Staaten ist die Regierungsform jedoch eine so genannte repräsentative Demokratie. Wie der Name schon sagt, werden RepräsentantInnen gewählt, die über wichtige politische Fragen entscheiden. In einer Basisdemokratie werden Beschlüsse dagegen direkt von einer Gruppe gleichberechtigter Individuen festgesetzt.
Ein wichtiges Prinzip in vielen basisdemokratisch organisierten Verbänden ist der Konsens. Alle Mitglieder müssen einer Entscheidung zustimmen, ansonsten wird ein neuer Lösungsansatz diskutiert. Damit soll einerseits die Unterdrückung von Minderheiten verhindert werden, andererseits der damit einhergehende Zwang, dass die Minderheit sich an den Beschluss der Mehrheit anpasst. Problematisch wird es, wenn nicht klar ist, welche Entscheidungen per Konsens getroffen werden müssen und welche nicht.

Die Basisdemokratie ist nur eine von vielen Demokratieformen. Sie zählt zu den Formen der direkten Demokratie. Schließlich werden alle Entscheidungen unmittelbar von der Bevölkerung getroffen. Die repräsentative Demokratie gehört entsprechend zu den indirekten Demokratieformen. Warum wird zum Großteil dieser Entscheidungsprozess bevorzugt? Das Problem der Basisdemokratie liegt in ihrer praktischen Umsetzung: Es ist so gut wie unmöglich, bei jeder politischen Entscheidung sämtliche EinwohnerInnen eines Staates abstimmen zu lassen, hauptsächlich wegen des Aufwands und der Gefahr, dass Ergebnisse bei einer solch großen Wahl verfälscht werden können. Das trifft zumindest auf Angelegenheiten zu, die eine immense Menge von Menschen betreffen
Basisdemokratische Abstimmungen im kleineren Rahmen sind dagegen sehr wohl möglich. Selbst innerhalb einer Familie können Entscheidungen auf diese Weise gefällt werden.
Eine Möglichkeit für die Bevölkerung eines Landes, das politische Geschehen direkt zu beeinflussen, sind beispielsweise Volksbegehren. Mittlerweile werden auch Überlegungen angestellt, ob und wie mensch das Internet zugunsten der Demokratie einsetzen kann. Vielleicht werden in Zukunft politische Entscheidungen online getroffen.

Der Begriff Basisdemokratie wurde, zumindest in Deutschland, besonders durch die neuen sozialen Bewegungen in den 70er-Jahren geprägt. Dazu zählen unter anderem die Frauen- und Friedensbewegung. Doch auch in vielen anderen Ländern der Welt, z.B. in Venezuela, hat mensch sich die Basisdemokratie oder zumindest basisdemokratische Elemente als Ziel gesetzt oder bereits umgesetzt. Es lohnt sich also, diesen Gedanken weiter zu verfolgen!

Lisa B.

Kinder an die Macht!

Für ein Wahlrecht ohne Altersgrenze

In den meisten Staaten ist das Wahlrecht eines der wichtigsten politischen Rechte. Kinder und Jugendliche bilden in Deutschland die größte Bevölkerungsgruppe, der dieses Recht nach wie vor vorenthalten wird. Durch die im Grundgesetz (Art. 38 Abs. 2) für Bundestagswahlen festgelegte Altersgrenze von 18 Jahren werden mehr als 13 Millionen Menschen ausgeschlossen.

PolitikerInnen orientieren sich – zumindest in Wahlkampfzeiten und somit bei der Erstellung von Wahlprogrammen – daran, was die WählerInnen wollen. Schließlich wollen sie ja gewählt werden. Wenn Kinder und Jugendliche jeden Alters wählen dürften, würden Themen wie Schulpolitik und Jugendschutz sicherlich anders diskutiert als es heute der Fall ist. Bislang laufen PolitikerInnen Gefahr, andere WählerInnenkreise zu verprellen, ohne neue hinzuzugewinnen, wenn sie sich etwa für Veränderungen des Bildungswesens nach den Wünschen der SchülerInnen aussprechen würden. Es geht nicht darum, ob die eine oder andere Partei dadurch ein paar Prozentpunkte zulegt. Dürften junge Menschen wählen, müssten sich alle Parteien auf Anliegen junger Menschen zubewegen.

Foto: (M.E) Morgan

Ein weiterer wichtiger Effekt des Kinderwahlrechts wäre, dass sich damit der gesellschaftliche Status von Kindern ändern würde, ähnlich wie es bei Besitzlosen und Frauen war, als diese das Wahlrecht erhielten. Die Sichtweise von Erwachsenen auf Kinder würde sich zwar nicht von einem Tag auf den anderen ändern, aber im Laufe der Jahre würden immer mehr Menschen erkennen, dass Kinder gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft sind.

Deshalb kann es auch nur um ein persönliches Wahlrecht für Kinder und Jugendliche gehen und nicht darum, dass Eltern für jedes Kind eine zusätzliche Stimme abgeben können. Letzteres wäre kein Kinderwahlrecht, sondern ein Elternwahlrecht.

Das Wahlrecht ist ein Recht und keine Pflicht. Kinder, die sich nicht für Politik interessieren, können der Wahl einfach fernbleiben. Andere Grundrechte gelten bereits ohne Altersgrenze, wie etwa die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Auch wenn Babys natürlich nicht in der Lage sind, zu einer Demonstration zu gehen, haben sie dennoch das Recht dazu.
Gegen ein Kinderwahlrecht wird meistens argumentiert, dass Kinder sich zu leicht beeinflussen ließen. Dieser Einwand verkennt die Tatsache, dass jeder Mensch, egal welchen Alters, durch sein Umfeld, wie zum Beispiel Freunde, Verwandte oder die Medien, beeinflusst wird. Häufig wird auch behauptet, dass Kinder nicht schlau genug seien um mitentscheiden zu dürfen. Nach dieser Logik könnte man das Wahlrecht auch vom Schulabschluss oder von einem Intelligenztest abhängig machen. Wenn Menschen aber aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden Intelligenz das Recht auf politische Beteiligung aberkannt wird, ist das zutiefst undemokratisch.

Martin Wilke

Umfangreiche Informationen und Antworten auf die häufigsten Einwände und Fragen gibt es unter de.kraetzae.de/wahlrecht/ und unter www.ich-will-waehlen.de

„Aber, woher kommst du wirklich?“

Über den alltäglichen Rassismus.

In das „Museum of Tolerance“, einem beeindruckenden Museum über die Shoah und über die Dynamiken von Rassismus und Vorurteilen in Los Angeles, führen zwei Türen: Eine für „Menschen mit Vorurteilen“ und eine für „Menschen ohne Vorurteile“. Wer allerdings durch letztere gehen will, wird böse überrascht: Er läuft gegen eine Wand, da diese Tür nur aufgemalt ist. So steht schon am Anfang des Museumsbesuches eine wichtige Erkenntnis: Kein Mensch ist ganz frei von Vorurteilen. Viele Menschen denken dennoch bei den Worten „Rassismus“ und „Vorurteile“ sofort an Rechtsextremismus und Neonazis. Doch Nazis und ihre Gewalt bilden nur die Spitze des Eisbergs eines alltäglichen Rassismus. Sozialisiert in einer Gesellschaft, in der wir im Kindergarten „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann“ spielten und in den Medien lernen, dass Schwarze Menschen „exotisch“, „fremd“ und einfach „anders“ sind, schleppen wir alle einige Stereotypen mit uns herum. Die Frage, die wir uns stellen müssen, wenn wir Rassismus bekämpfen wollen, lautet also nicht, ob wir selbst Vorurteile haben oder nicht, sondern wie wir mit diesen umgehen und wie wir sie wieder loswerden können.

Schwarze Menschen sind als „äußerlich erkennbare Minderheit“ in Deutschland besonders häufig und in besonderem Ausmaß mit Rassismus konfrontiert. Das fängt schon damit an, dass viele Schwarze ständig von Wildfremden gefragt werden, wo sie denn herkommen würden. Ist die Antwort dann etwa „Hannover“ wird immer weiter gefragt: „Nein, ich meine, woher kommst du wirklich? Anscheinend können sich viele weiße Deutsche einfach nicht vorstellen, dass es auch Schwarze Deutsche gibt. Die Vorstellung, dass jedeR Schwarze einE „AusländerIn“ oder gar einE „AfrikanerIn“ sein muss, ist eindeutig rassistisch. In Deutschland leben mehrere hunderttausende Schwarze und das nicht erst seit gestern.

Während viele Weiße stolz sagen, für sie spiele die Hautfarbe überhaupt keine Rolle, werden Schwarze in Deutschland alltäglich und ständig damit konfrontiert, dass sie eine andere Hautfarbe als die Mehrheitsgesellschaft haben. Es ist also schon ein Privileg von Weißen in der weißen Mehrheitsgesellschaft, die eigene Hautfarbe einfach vergessen zu können. Das fällt einem Schwarzen Menschen nicht so leicht, weil sich die unzähligen undifferenzierten und stigmatisierenden Bilder der deutschen Mehrheitsgesellschaft auf sein tägliches Leben auswirken. Sei es in der Schule, bei der Job- oder Wohnungssuche. Die Polizeikontrollen haben in Deutschland eine besondere Qualität. „Racial Profiling“ nennt man die polizeiliche Fahndungstechnik, die der Polizei erlaubt, „verdachtsunabhängige Personenkontrollen“ durchzuführen. Jeder kennt die Szenen, in denen am Hauptbahnhof Schwarze ins Visier der Polizei geraten, während Weiße, die ja ebenso VerbrecherInnen aus dem In- und Ausland sein könnten, in der Regel unbehelligt bleiben. Auf der ganzen Welt wird „Racial Profiling“ bekämpft und abgeschafft, aber in Deutschland werden damit weiter jeder Person, die nicht weiß ist, grundsätzliche BürgerInnenrechte aberkannt.

Es kommt immer wieder vor, dass PolitikerInnen demokratischer Parteien die in der Bevölkerung weit verbreiteten rassistischen Vorbehalte nutzen wollen, um Stimmen zu gewinnen. Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sind die rassistischen Äußerungen des CDU-Politikers Roland Koch in Hessen zum Thema Jugendkriminalität oder die Aussage von Klaus Eckhard Walker, Kandidat der Linkspartei für das Amt des Saarbrücker Regionalverbandsdirektors, der meinte: „Die Bewohner des Asylbewerberheims sollen sich an die Gepflogenheiten des Gastlandes halten oder wieder zurück in den Kongo gehen, wo sie ums Feuer tanzen können, bis sie schwarz werden, was sie aber schon sind.“ Erschreckend, dass so oftmals gerade diejenigen rassistische Vorurteile in der Gesellschaft schüren, die politische Verantwortung übernehmen wollen.

Die Situation macht klar, dass antirassistisches Engagement nicht beim Kampf gegen Neonazis - so wichtig dieser ist - aufhören darf. Die Strukturen des alltäglichen Rassismus müssen reflektiert, aufgezeigt und aufgelöst werden. Fangen wir bei uns selbst an!

Christoph M (22)

„Schwarz“ und „weiß“ ?

„Schwarz“ ist die politisch korrekte und vor allem selbst gewählte Bezeichnung für Schwarze Menschen. Dass „Schwarz“ hier immer groß geschrieben wird, soll darauf aufmerksam machen, dass es kein wirkliches Attribut ist, also nichts „Biologisches“, sondern dass es eine politische Realität und Identität bedeutet.

Diese Schreibweise hat sich im akademischen Umfeld und in Fachpublikationen etabliert.

„weiß“ ist die politisch korrekte Bezeichnung für weiße Menschen.Bei „weiß“ handelt es sich ebenfalls um eine Konstruktion.

Da dieser Begriff aber im Gegensatz zu „Schwarz“ keine politische Selbstbezeichnung aus einer Widerstandssituation heraus ist, wird sie als Adjektiv klein geschrieben.

Übernommen aus Deutschland Schwarz-Weiß.

Nazis im Netz

Wenn das Internet plötzlich Weltnetz heißt.

Neonazis benutzen das weltumspannende Computer-Netzwerk um ihre braune Ideologie zu verbreiten. Weil es ihnen an personellen und finanziellen Mittel mangelt, ist das Internet für Neonazis eine einfache Werbemöglichkeit, über die vor allem junge Menschen gut erreicht werden können. Ein weiterer Vorteil für die Neonazis: Über das Internet können Inhalte verbreitet werden, die in Deutschland verboten sind. Die Server der rund 1.000 deutschen Neonazi-Websites stehen oft im Ausland um der deutschen Justiz zu entgehen.

Da die Medien meist um eine objektive Berichterstattung über Neonazis bemüht sind und deshalb deren Menschenfeindlichkeit klar benennen, suchen die Neonazis nach eigenen Möglichkeiten ihre menschenverachtende Propaganda ungefiltert zu verbreiten.

Das Internet eröffnete ihnen da ungeahnte Möglichkeiten. Die Website „Altermedia – Störtebeker Netz“ ist wohl das größte neonazistische deutschsprachige Nachrichtenportal im Internet. Hier wird sowohl über aktuelle Ereignisse und öffentliche Diskussionen als auch über szene-interne Dinge berichtet. Das Portal fällt vor allem durch revisionistische Berichterstattung auf: Holocaustleugner werden verteidigt und Opfer rechter Gewalt verhöhnt. Dem Portal kommt dabei eine vernetzende Funktion zu. Neonazis mobilisieren auf der Seite zu bevorstehende Aufmärschen und informieren über den aktuellen Planungsstand. Das Portal hat seinen Ursprung in Frankreich – mittlerweile gibt es in fast jedem europäischen Land ein eigenes nationalistisches „Altermedia“.

Online-Videos: Bei YouTube und anderswo

Auch den Erfolg von Internetvideos versuchen Neonazis für sich zu nutzen. Neonazis können ihr Gedankengut fast ungestört auf Plattformen, wie youtube verbreiten. Sie offerieren tiefe Einsichten in braune Propaganda, historischen Revisionismus, Holocaustleugnung und szeneinterne Veranstaltungen. Hunderte Besucher der Seiten hinterlassen in ihren Kommentaren zu eingestellten Videos ihre menschenverachtenden Einstellungen. Doch es gibt auch eigene Videoportale von Neonazis: „Media pro patria“ nennt sich eines dieser rechtsextremen Portale. Auf der Website finden sich vor allem Videos von Neonazi-Aufmärschen, aber auch zum Teil volksverhetzende Kurzdokumentationen. Auch die rechtsextreme Partei NPD hat das Potential von Internetvideos erkannt und unter dem Namen „Offensiv.tv – Hier sendet Deutschland“ eine eigene Videoreihe.

Nazis im Internet

Die Medienportale sind aber nur der eine Teil der Aktivitäten von Neonazis im Internet. Beinahe jede Neonazi-Gruppe betreibt heute eine eigene – mehr oder weniger aktuelle – Website. Auch Internetforen sind ein wichtiges Element der Kommunikation zwischen den Nazigruppen untereinander. Diese, wie auch die Datenbänke neonazistischer Online-Shops, sind häufig Ziele antifaschistischer Aktivitäten. Im August 2008 wurde beispielsweise das internationale Neonazi-Forum „Blood&Honour“ gehackt. Ebenso wie auf den Straßen ist auch im World-Wide-Web kein Platz für Nazis.

Weitere Informationen:
www.antifa-gaming.de

Michael Schulze von Glaßer

Impressum

Impressum Utopia Nr. 10

utopia herrschaftslos – gewaltfrei,
Nr. 10 mai/juni 2009
www.jugendzeitung.net jugend@graswurzel.net,
www.myspace.com/jugendzeitung
Layout: BRiB

Auflage: 25.000.

utopia *wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle zwei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution.* **utopia** *kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Spenden sind erwünscht.*
utopia Nr.11 erscheint Ende Juni 2009.
Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net

utopia *ist eine Zeitung zum Mitmachen. Bei uns können junge Menschen Artikel schreiben über Themen, die sie interessieren. Bei uns kannst du dein Schreibtalent unter Beweis stellen, nette Menschen kennen lernen, dich am Layout beteiligen, deine Ideen einbringen. Genauso suchen wir noch Leute, die* **utopias** *unter die Leute bringen. Gehst du auf Demos? Oder du machst Veranstaltungen? Wir schicken dir gerne einige Exemplare zu!*
Wir warten auf deine Mail: jugend@graswurzel.net

Termine

01.05.2009, **Hannover** und **Berlin**: Naziaufmärsche verhindern, www.antifa.de
08.05.2009, **Köln**: Antinationale Vorabenddemo gegen „Anti-Islamisierungs-Kongress", www.no-racism.mobi
09.05.2009, **Köln**: „Anti-Islamisierungs-Kongress" verhindern, www.no-racism.mobi
12.05.2009, **Dresden**: Aktionen und Demo gegen die Jahrestagung des Deutschen Atomforums, www.contratom.de/dresden
15.-17.05.2009, **Göttingen**: Kann kaufen retten? Jugendkongress zu nachhaltigem Konsum, www.janun.de
20.-24.05.2009, **Köln**: Aktionsakademie von attac, www.attac.de/aktionsakademie
21.5.2009, 20 Uhr, **Osnabrück**: ja! Anarchismus. Gelebte Utopie im Spiegel libertärer Medien, Veranstaltung mit GWR-Redakteur Bernd Drücke, Infos: www.graswurzel.net
21.-24.05.2009, **Lüneburg**: BUKO32, Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, www.buko.info
21.-24.05.2009, **Wien**: Liberation Days gegen Käfige und Knäste, www.basisgruppe-tierrechte.org
29.05.2009, **Rheine**: Bundeswehr-Gelöbnis verhindern, www.geloebnix-rheine.de
06.-07.06.2009, **bundesweit**: Aktionstage gegen AKW-Neubau in Frankreich, www.nirgendwo.info
15.-17.06.2009, **Hamburg**: Linker Jugendkongress „Her mit dem schönen Leben!", http://jugendkongress.kilu.de
10.-12.07.2009, **Berlin**: Linke Buchtage, www.linkebuchtage.de

Kampagnen

Kampagne **„Atomkraft jetzt abschalten"**: www.atomkraft-abschalten.de
Kampagne gegen den **Überwachungsstaat**: www.safer-privacy.de
Kampagne gegen den **Pelzhandel bei ESCADA**: www.antifur-campaign.org
Kampagne für die **Abschaffung von Atomwaffen**: www.atomwaffenfrei.de
Kampagne gegen die **Privatisierung der Bahn** vom Bündnis Bahn für alle: www.bahn-fuer-alle.de
Kampagne gegen **Tierversuche an Affen**: www.aerzte-gegen-tierversuche.de
Kampagne **„save me – Flüchtlinge aufnehmen!"**: www.save-me-kampagne.de
Kampagne **„Milliardenhilfe - Schulden? Zahlt der Staat!"**: www.milliardenhilfe.de

Fair tragen

Ein Trend, der in der breiten Masse ankommt: öko-faire Kleidung

Essen kaufen ohne schlechtes Gewissen? Viele Menschen kaufen deswegen Bioprodukte. Aber shoppen gehen, ohne sich Gedanken machen zu müssen wie die Kleidung hergestellt wurde?

Immer mehr Menschen legen Wert darauf, dass nicht nur ihre Nahrung, sondern auch die Kleidung fair und ökologisch gut verträglich hergestellt wurde. Die Nachfrage nach umweltverträglichen und sozial hergestellten Textilien ist immer höher geworden und wird sich in den kommenden Jahren wohl noch steigern. Ökokleidung ist ein Trend, der in der breiten Masse ankommt.
Der hohe Energie- und Ressourcenverbrauch bei der Herstellung konventioneller Kleidung wie auch die Gifte, die sich in solchen Textilien festsetzten und allergische Reaktionen hervorrufen - im schlimmsten Fall auch krebserregend sein können - schrecken immer mehr Leute von dem Kauf ihrer Kleidung ab. 150 Gramm Gift enthält laut Greenpeace durchschnittlich ein Baumwoll-T-Shirt, da die Baumwolle mit Hilfe von Pestiziden, chemischen Substanzen, angebaut wird.
Die Regelung für die Anwendung der Pestizide besagt, dass die Bauern Mundschutz und Schutzanzug tragen müssen. Die Praxis sieht leider anders aus: Baumwolle wird meist in armen Ländern geerntet, in denen die nötigen Gelder für solche Sicherheitsmaßnahmen gespart werden. Dadurch sterben jährlich 20.000 Menschen an Vergiftungen. Außerdem werden die Chemikalien häufig auf Feldern ausgewaschen, dadurch gelangen sie in das Grundwasser und somit in das Trinkwasser der Menschen. Auch die Umwelt hat unter der Herstellung solcher Textilien zu leiden. Da bei der Produktion viel Energie benötigt wird, wird das Treibhausgas Kohlendioxid ausgestoßen. Um nur ein T-Shirt herzustellen, werden 7 Kilogramm CO_2 verbraucht. Zusätzlich wird für die Baumwollproduktion viel Wasser verbraucht: Für nur ein Kilogramm Baumwollfasern wird ein Kubikmeter, also eintausend Liter Wasser benötigt.

Unsere Kleidung wird größtenteils in den Entwicklungsländern hergestellt. Viele der dort lebenden Menschen haben darunter zu leiden, dass wir Kleidung zu möglichst niedrigen Preisen kaufen können. Um Baumwolle zu ernten, werden in einigen Ländern einfach die Schulen geschlossen, damit die Kinder auf dem Ackerbau arbeiten können. Viele Eltern verkaufen ihre Kinder in der Hoffung auf ein besseres Leben für sie, da sie selbst nicht genug verdienen, um die ganz Familie zu ernähren. Doch viele Kinder werden wie Sklaven behandelt und weiterverkauft.
NäherInnen arbeiten für Hungerlöhne in Textilfabriken, um Hosen, T- Shirts, Jacken zu schneidern, und können nur durch enorme Überstunden überleben. Selbst wenn es einen Mindestlohn gibt, ist dieser zu niedrig. In Bangladesh liegt dieser beispielsweise bei umgerechnet 20 Euro monatlich.
Bei vielen Bauern ist die Baumwolle die einzige Einnahmequelle. Da der Preis aber durch die Industrieländer bestimmt wird - insbesondere durch die USA - wird dieser so niedrig, dass die Bauern keinen Gewinn erzielen und gezwungen sind, ihre Ware zu Dumping- Preisen zu verkaufen.
Aber die Nachfrage nach fair gehandelter Baumwolle steigt. Dadurch können immer mehr Bäuerinnen und Bauern Mitglied einer Kooperative werden, die Produkte hergestellt, die das FairTrade-Zeichen erhalten. Dort werden ihnen feste Mindestpreise gezahlt, die über den lokalen Marktpreisen liegen. Zudem können sie durch den Anbau von Biobaumwolle ihr Einkommen um 10 Prozent erhöhen.

Ana Mari M.

Luxus Umwelt

Umweltzerstörung ist nicht bloß ein Luxusproblem. Weltweit sind die Armen oft besonders betroffen

Alle tun was für die Umwelt: Naturschutzorganisationen, Politikerinnen, Hobbygärtner, selbst die Energiekonzerne brüsten sich damit. Natürlich aus ganz unterschiedlichen Beweggründen und manchmal ist das auch mehr Schein als Sein. Aber eines scheint selbstverständlich: Aktiv sein für die Umwelt ist immer gut. Komisch.

Denn für viele Menschen steht Umweltschutz an zweiter Stelle – wenn überhaupt. Wichtiger sind Probleme wie Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeiten im Bildungssystem, Fremdenfeindlichkeit oder Hungerlöhne im globalen Süden. Kurz: Zuerst das Soziale, dann die Umwelt. Nicht bedacht wird dabei, dass auch Umweltprobleme nichts anderes sind als handfeste soziale Konflikte.

Wenn Inseln untergehen...

Beispiel Klimawandel: Durch den Ausstoß von so genannten Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO_2) erwärmt sich die Erde immer mehr. Inzwischen ist selbst bei den Regierungschefs angekommen, dass das ein Problem ist – nicht weil es „der Umwelt" schlecht geht, sondern weil Menschen unter den Folgen leiden. Betroffen sind nicht nur zukünftige Generationen – in den kommenden Jahrhunderten wird die Temperatur weiter ansteigen, selbst wenn wir heute aufhören würden, soviel CO_2 in die Luft zu blasen – sondern auch viele Menschen in ärmeren Ländern.
Die Einwohnerinnen und Einwohner der Malediven-Inseln müssen befürchten, ihre Heimat zu verlieren, weil der Meeresspiegel durch den Klimawandel ansteigt. Die dortige Regierung spart bereits Geld, um neues Land kaufen zu können. Hier ist offensichtlich: Menschen, die fast nichts zum Klimawandel beigetragen haben, werden in die Flucht getrieben. In anderen Weltregionen trägt die Erderwärmung zur Verschärfung bestehender Probleme bei: So kann zwar eine Trockenzeit in Afrika nicht direkt auf den Klimawandel zurückgeführt werden; sicher ist aber, dass die Anzahl der Dürreperioden in Zukunft steigen wird. Keine guten Aussichten für die Bäuerinnen und Bauern.

Eine soziale Frage

Das Umweltproblem wird dadurch schnell zu einer sozialen Frage: Ist es in Ordnung, dass wir in Europa und Nordamerika Unmengen an Energie verschwenden, während sich das Hungerproblem weiter verschärft? Letztendlich ist es ein Konflikt zwischen Menschen und gerade bei globalen Umweltproblemen geht es oft um lebenswichtige Entscheidungen für ärmere Menschen.
Wenn Urwald gerodet wird, verlieren auch die indigenen Menschen, die dort leben, ihr Zuhause. Wenn riesige Schiffe die Weltmeere leerfischen, bleibt nichts mehr für die kleinen Fischerboote übrig. Wenn auf Plantagen giftige Chemikalien versprüht werden, erkranken daran die Arbeitenden. Wenn Uran abgebaut wird, um später Atomkraftwerke betreiben zu können, atmen die Menschen den radioaktiven Staub ein.

Ohne Umweltschutz keine Gerechtigkeit

In Europa ist von all diesen Problemen nicht viel zu hören. Viele Menschen befürchten daher durch Umweltschutz vor allem einen Verlust der Lebensqualität hierzulande – wenn beispielsweise der Fernseher nicht mehr rund um die Uhr im Standby-Betrieb läuft. In Wirklichkeit geht es aber bei Umweltschutz immer auch um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit zwischen den Generationen und Gerechtigkeit zwischen allen Menschen, die auf der Erde leben. Umweltschutz ist daher keine Luxus-Aufgabe für eine spätere Zeit, in der Gerechtigkeitsprobleme gelöst sind.
Es stimmt: Umweltschutz kann viel Geld kosten. Aber anders ist weltweite Gerechtigkeit nicht zu haben. Da sollte man sich schon überlegen, ob man sich nicht doch den Luxus leistet.

Felix W.